

## **Mehr Rückhalt und Vertrauen für unsere Polizei**

Polizistinnen und Polizisten stehen jeden Tag für unsere Sicherheit ein. Sie greifen ein, wenn andere zögern. Sie gehen in Situationen, aus denen andere fliehen. Sie treffen Entscheidungen unter Zeitdruck, oft unter erheblichem Risiko für die eigene Gesundheit – und im Zweifel sogar für ihr Leben. Polizistinnen und Polizisten halten tagtäglich – oft im wahrsten Sinne des Wortes – ihren Kopf hin. Dieser Einsatz verdient unseren Respekt, Rückhalt und unser Vertrauen.

Gerade weil die Polizei mit weitreichenden, hoheitlichen Befugnissen ausgestattet ist, gilt zugleich: Polizeiliches Handeln muss jederzeit rechtmäßig, verhältnismäßig und auch (gerichtlich) überprüfbar sein. Fehler oder Fehlverhalten müssen aufgeklärt und Konsequenzen gezogen werden. Das ist kein Ausdruck von Misstrauen, sondern Wesenskern unseres Rechtsstaats. Entscheidend ist jedoch, Maß und Mitte zu wahren: Notwendige Kontrolle darf nicht in dauerhaften, automatischen Generalverdacht umschlagen, sondern muss zielgerichtet sein und auf konkreten Anlässen beruhen. Am Ende profitieren davon auch die Polizistinnen und Polizisten selbst, denn Rechtssicherheit sorgt für Klarheit und Vertrauen.

Gerade vor diesem Hintergrund ist die Politik der schwarz-grünen Landesregierung der falsche Weg. Statt den notwendigen Rückhalt zu stärken, sendet Schwarz-Grün mit aktuellen Maßnahmen und Entscheidungen ein fatales Signal: Unsere Polizei steht unter Generalverdacht.

### **Kein Gesetz aus Misstrauen: Nein zum Landesantidiskriminierungsgesetz!**

Mit dem geplanten Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG) wollen CDU und Grüne ein neues Instrument schaffen, das weit über bestehende Regelungen hinausgeht, ohne dass es dafür eine sachliche Notwendigkeit gibt. Klar ist: Diskriminierung ist bereits heute völlig zu Recht umfassend verboten. Das Grundgesetz, das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz sowie zahlreiche landesrechtliche Regelungen setzen klare Grenzen und sehen wirksame Sanktionen vor. Nachweisbare Verstöße werden schon jetzt konsequent verfolgt, geahndet und korrigiert.

Trotzdem soll nun in Nordrhein-Westfalen ein Gesetz eingeführt werden, das den Geist eines grundlegenden Misstrauens gegenüber den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes atmet – und damit insbesondere gegenüber der Polizei als wichtiger Teilgruppe. Besonders problematisch an diesem Gesetz ist die vorgesehene Beweislastumkehr. Künftig reicht es in Klageverfahren aus, dass eine behauptete Diskriminierung im Raum steht. Die betroffene Beamtin oder der betroffene Beamte muss dann aktiv nachweisen, dass kein Fehlverhalten vorliegt. Das ist ein Paradigmenwechsel mit weitreichenden Folgen! Denn in der Praxis bedeutet das:

Polizistinnen und Polizisten können beispielsweise bei jeder routinemäßigen Verkehrskontrolle potenziell unter Generalverdacht geraten. Entscheidungen, die unter Zeitdruck und auf Grundlage von Lageeinschätzungen getroffen werden, können im Nachhinein infrage gestellt werden, ohne dass konkrete Beweise vorliegen müssen.

Die Folgen sind deutlich absehbar: Rechtsunsicherheit, zusätzlicher Dokumentationsaufwand und im Zweifel ein Zögern in entscheidenden Momenten. Das schwächt den Rechtsstaat – statt ihn zu stärken.

Selbst Innenminister Herbert Reul hat die Einführung dieses Instruments erkennbar nicht aus Überzeugung unterstützt, sondern als Ergebnis politischer Kompromisse innerhalb der Koalition eingeordnet. Statt gezielt gegen tatsächliche Missstände vorzugehen, schaffen CDU und Grüne ein bürokratisches System, das vor allem eines produziert: Misstrauen.

### **Kein Polizeibeauftragter beim Landtag – Doppelstrukturen helfen nicht besser**

Ein ähnliches Bild zeigt sich bei der Einführung eines Polizeibeauftragten beim Landtag. Nachdem die schwarz-grünen Regierungsfractionen die neu geschaffene Stelle zunächst für einen längeren Zeitraum unbesetzt ließen, gibt es nun einen konkreten Besetzungsvorschlag, sodass die Einführung eines Polizeibeauftragten beim Landtag kurz vor dem Abschluss steht.

Auch im Zusammenhang mit der Einsetzung dieser neuen Beauftragten-Position wurde und wird der Eindruck erweckt, als gäbe es bislang unzureichende Kontrollmechanismen. Das Gegenteil ist der Fall. Bereits heute existieren in Nordrhein-Westfalen im Polizeidienst funktionierende und bewährte Strukturen: ein qualifiziertes Beschwerdemanagement, unabhängige Ermittlungen durch andere Dienststellen sowie eine konsequente Kontrolle durch Staatsanwaltschaften und Gerichte. Wer sich gegen polizeiliches Handeln wehren will, kann dies bereits jetzt umfassend tun.

Die FDP-Landtagsfraktion hat daher im Rahmen der Diskussion um die Einsetzung eines Polizeibeauftragten beim Landtag vorgeschlagen, die bisherige Stelle, die im Innenministerium angesiedelt war, mit einer Wahl durch den Landtag besser demokratisch zu legitimieren. So wäre es gelungen, bestehende Strukturen zu verbessern, ohne zusätzliche Bürokratie zu schaffen.

Die Einführung eines zusätzlichen Polizeibeauftragten beim Landtag schafft dagegen keinen echten Mehrwert. Sie führt vielmehr zu einer Doppelstruktur, die Verfahren verkompliziert, zusätzliche Kosten verursacht und die Transparenz nicht erhöht, sondern im Zweifel sogar verringert. Vor allem aber sendet sie ein politisches Signal und dieses Signal ist problematisch: Die Polizei genießt kein Vertrauen von CDU und Grünen.

## **Echte Wertschätzung zeigt sich im Machen: Überstunden, Ausstattung und Schutz**

Wir fordern ein sofortiges Ende des Überstundenverfalls bei der Polizei, eine Stellenfinanzierung anhand der tatsächlichen Bedarfe sowie die flächendeckende Einführung des Tasers in Nordrhein-Westfalen. Denn das Misstrauen gegenüber der Polizei zeigt sich nicht nur in neuen Gesetzen und Strukturen, sondern auch im konkreten Umgang mit den Einsatzkräften. Während die Anforderungen im Polizeidienst kontinuierlich steigen, bleibt die notwendige Unterstützung aus.

Überstunden verfallen, statt verlässlich ausgeglichen zu werden. Gleichzeitig nimmt die Arbeitsbelastung sowohl physisch als auch psychisch zu. Wer täglich für die Sicherheit unserer Gesellschaft einsteht, hat Anspruch auf faire Arbeitsbedingungen und einen respektvollen Umgang mit seiner Leistung. Dazu gehört auch ein konsequenter Ausgleich geleisteter Mehrarbeit.

Gleichzeitig braucht die Polizei eine moderne und praxistaugliche Ausstattung. Wir fordern daher die unverzügliche und flächendeckende Einführung von Tasern. Die Einsatzrealität zeigt deutlich: Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte sind immer häufiger mit hochkomplexen und gefährlichen Situationen konfrontiert, etwa bei Messerbedrohungen oder eskalierenden Konflikten. Zwischen Schlagstock und Schusswaffe besteht dabei eine gefährliche taktische Lücke. Der Taser ist geeignet, genau diese Lücke zu schließen. Er wirkt deeskalierend, schützt sowohl Einsatzkräfte als auch Betroffene und entfaltet seine Wirkung häufig bereits durch seine bloße Androhung. Die notwendigen Erkenntnisse liegen längst vor. Evaluationsberichte bestätigen die Wirksamkeit und die vergleichsweise geringen Risiken. Dennoch fehlt bis heute eine klare Entscheidung der Landesregierung für einen flächendeckenden Einsatz. Stattdessen entsteht ein Ausrüstungs-Flickenteppich: Während einige Polizeibehörden über Tasern verfügen, bleiben andere weiterhin ohne dieses wichtige Einsatzmittel. Vor allem die Grünen stehen hier auf der Bremse. Das ist sicherheitspolitisch nicht hinnehmbar. Es gibt kein Erkenntnisproblem, sondern ein Entscheidungsproblem. Dieses muss endlich im Sinne der Sicherheit der Einsatzkräfte und der Bürgerinnen und Bürger gelöst werden.

## **Steigende Gewalt gegen Einsatzkräfte erfordert Rückendeckung**

Wir fordern ein entschiedenes Vorgehen gegen Gewalt gegenüber Einsatzkräften sowie eine klare politische Rückendeckung für Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienste. Ein Blick in den Alltag zeigt deutlich: Die Gewalt gegen Einsatzkräfte nimmt zu. Angriffe auf Polizistinnen und Polizisten, aber auch auf Feuerwehr und Rettungsdienste, sind längst kein Einzelfall mehr, sondern Teil einer besorgniserregenden Entwicklung.

Allein in Nordrhein-Westfalen werden jedes Jahr tausende Gewalttaten gegen Polizeibeamte registriert. Diese Entwicklung belastet die Einsatzkräfte nicht nur physisch und psychisch, sondern gefährdet auch die Funktionsfähigkeit unseres gesamten Sicherheitssystems.

Die politische Antwort darauf muss klar und konsequent sein: Wir brauchen eine Politik, die Einsatzkräfte stärkt, schützt und ihnen den Rücken freihält. Das muss sich in der Ausstattung widerspiegeln, aber auch in konsequenten und vor allem zeitnahen Strafverfahren gegen die Angreifer. Stattdessen setzt die Landesregierung auf zusätzliche Kontrollmechanismen und neue bürokratische Instrumente. Das ist das falsche Signal sowohl gegenüber den Einsatzkräften als auch gegenüber denjenigen, die ihnen Gewalt entgegenbringen. Denn wer diejenigen, die für Sicherheit sorgen, unter Generalverdacht stellt, schwächt am Ende die Sicherheit insgesamt.

Für uns ist klar: Wer Einsatzkräfte angreift, greift unseren Rechtsstaat an. Die Antwort darauf darf kein Misstrauen sein, sondern muss konsequente Strafverfolgung, bessere Ausstattung und ein unmissverständlicher politischer Rückhalt sein.

### **Fazit: Sicherheit braucht Vertrauen – nicht Misstrauen**

Die sicherheitspolitische Linie von CDU und Grünen ist inkonsistent und widersprüchlich. Auf der einen Seite werden steigende Bedrohungslagen anerkannt. Auf der anderen Seite fehlt es an klaren Entscheidungen, konsequenter Unterstützung und echter Wertschätzung für die Polizei. Statt Vertrauen gibt es Misstrauen, statt Unterstützung gibt es zusätzliche Hürden, statt klarer Entscheidungen gibt es politisches Zögern. Die Koalition ist selbst zu einem Sicherheitsrisiko geworden. Für die Freien Demokraten ist klar: So darf Sicherheitspolitik in Nordrhein-Westfalen nicht aussehen. Wir stehen an der Seite unserer Polizei, denn wer Sicherheit will, muss diejenigen stärken, die sie jeden Tag gewährleisten.